

Eudendorffs Denkschrift von 1912.

In den nächsten Tagen wird eine Broschüre Eudendorffs „Grundzüge der Politik meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg“ erscheinen. Sie bildet eine Juridifizierung der im französischen Gelbbuch von 1911 enthaltenen entsetzlichen Mitteilungen aus dieser Denkschrift. Die echte Eudendorffsche Denkschrift wurde von ihm im Herbst 1912 als Chef der Kaufmannschaft im Großen Generalstab verfasst und bildete, wenn auch wesentlich modifiziert, die Grundlage der Wehrvorlage von 1913. Sie behandelte zunächst die militärisch-politische Lage Deutschlands gegenüber der Entente, die militärische Überlegenheit der Entente gegenüber dem durch den Abfall Italiens gegebenen Dreieck und aufgezogen und damit die Notwendigkeit der deutschen Wehrvergrößerung. Eudendorff betont die bei der Entente vorhandenen stark offensiven Tendenzen, was für den Kriegsfall der Entente eine größere innere Stärke verleihen würde, während der dem Bündnis der Mittelmächte zugrundeliegende Abwehrgedanke als die schwächere Kampfform erscheint. Ueber die Aufnahme, die sein daraus ersiehender, in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Plan der Wehrvergrößerung fand, sagt Eudendorff: „Der Reichsfeldmarschall schloß sich den Gedankengängen der Denkschrift an und beauftragte den Kriegsminister von Oeringen, unverzüglich eine Wehrvorlage vorzubereiten. Soweit ich unterrichtet bin, wollte Herr v. Oeringen die Vorlage erst im Herbst bringen; General v. Nolcke wirkte auf meine Bitte darauf hin, daß dies unverzüglich geschehe. Diefem wurde entsprochen. Die Denkschrift bildete die Grundlage für die Wehrvorlage. Die drei Armeekorps wurden nicht gefordert, und ich kam nach Düsseldorf.“ Der Schluss der Eudendorffschen Broschüre bringt Material dafür, daß Nolcke sich um die Jahreswende 1912-13 sehr bemüht habe, um auf Oesterreich-Ungarn in der Balkanfrage zugewandt zu wirken. Die Tendenz von Nolckes Bemühungen war es, den Wiener Generalstab darauf hinzuwirken, daß Deutschland wegen wichtiger Balkaninteressen seines Verbündeten sich nicht schlagen würde. Wie die „D. Tageszeitung“ hierzu mitteilt, müßten Briefe Nolckes an Eudendorff vorhanden sein, in denen diese Gedankengänge nachdrücklich entwickelt werden.

Der Beginn der Planwirtschaft.

Das Reichswirtschaftsministerium hat eine Denkschrift über die Bildung von Gemeinwirtschaftsverbänden in der Eisen- und Metallindustrie vorgelegt, welche insbesondere die Richtlinien der vorläufigen Organisation enthält. Einleitend werden die Begriffe „Zweckverbände“ und „Zweckverbände“ erläutert. Nachverträge sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung für die einzelnen Wirtschaftszweige errichtete Wirtschaftsbünde, die durch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wirtschaftszweige sowie durch Vertreter des Handels und der Verbraucher gemeinsam gebildet werden. In erster Linie sind ihre Aufgaben: Aufstellung von allgemeinen Richtlinien für Arbeiter, die von mehreren oder allen Zweckverbänden zu erledigen sind, und Einleitung statistischer Untersuchungen von mehreren oder allen Zweckverbänden zwecks Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen, Zuweisung von Devisen an die Zweckverbände, ensprechend der Dringlichkeit des Bedarfs, und zwecks tatsächlicher Tätigkeit und der gleichen. Zweckverbände sind die zu Wirtschaftszweigen der Wirtschaftszweige, die durch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wirtschaftszweige sowie durch Vertreter des Handels und der Verbraucher gemeinsam verhandelt werden. Ihre besonderen Aufgaben betreffen Regelung des Außenhandels, allgemeine Richtlinien für den Innenhandel und Maßnahmen zur Förderung der Produktion. Als besondere Aufgabe wird sich aus den Friedensbedingungen die Mitarbeit beim Wiederaufbau der zerstörten französischen und belgischen Gebiete ergeben.

In den Richtlinien wird als Zweck der vorläufigen Organisation angegeben: 1. Die Regelung des Außenhandels des betreffenden Wirtschaftszweiges in der Selbstverwaltung zu übernehmen; 2. bis zur Bildung der endgültigen Organisation (Gemeinwirtschaftsverbände) der Behörde gegenüber die tatsächliche Stellvertretung des gesamten Wirtschaftszweiges zu übernehmen unter Mitwirkung der beteiligten Interessentengruppen; 3. für den Fall, daß die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen (Wiederaufbau) eine sofortige Mitwirkung des Wirtschaftszweiges erfordern, die Regelung dieser Tätigkeit in die Hand zu nehmen, bis sie von der endgültigen Organisation übernommen werden kann.

Der Handelstag zur Wirtschaftlichen Denkschrift.

Ueber das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums (Wirtschaftliche Denkschrift) hat der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages in seiner Sitzung vom 4. Juli d. J. eine Erklärung abgegeben, der Folgendes zu entnehmen ist:

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages erkennt mit dem Reichswirtschaftsministerium an, daß die Steigerung der Produktion eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft ist und daß von der Herstellung einer Interessent- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern, Angestellten und Arbeitern durch geeignete Organisationen für den Ausgleich der sozialen Bege-

läge und den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft sehr viel abhängt. Er erkennt auch an, daß der Gehalt eines Wirtschaftsparlamentes fruchtbar ist, wenn der Aufbau, aus dem diese Körperlichkeit entsteht, nicht zu verwerflich ist und den Handelstagen darin die gebührende Stellung gegeben wird.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages kann aber nicht ausgeben, daß diese Ziele durch die Planwirtschaft erreicht werden können, deren bedeutende Folgen, insbesondere für die Außenhandelspolitik, gar nicht beachtet zu sein scheinen. Er ist vielmehr davon überzeugt, daß der Ausgleich der sozialen Interessen von der Planwirtschaft ganz unabhängig ist, daß ferner der Aufgabentritt der Wirtschaftsbünde und Zweckverbände die freie Betriebsführung des Einzelunternehmers erheblich beschränkt und daß die auf Zwang beruhende Selbstverwaltung, in der die widerstreitenden Elemente vereinigt sind, einen noch nie dagewesenen Apparat mit riesigen, der Industrie und dem Handel aufgebürdeten Kosten und unzählbaren Beamten darstellt, der nicht wirtschaftlich genug und nicht geeignet ist, den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland zu halten. Der Gedanke, die künftige Wirtschaft bedürfe einer stärkeren Führerschaft, ist an sich gesund; seine Durchführung ist aber bereits früher in Gestalt der bewährten freien Zweckverbände begonnen und in dieser Richtung wird sich auch die Weiterentwicklung bewegen müssen.

Für den Handel ist die Planwirtschaft schlechterdings unbrauchbar und undurchführbar. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums macht aus keinem Verzicht, die Möglichkeit von Selbstverwaltungslösungen für den Handel nachzuweisen. Insbesondere ist der Wiedereintritt in den Weltverkehr undenkbar, wenn dem Ein- und Ausfuhrhandel die von der Planwirtschaft beabsichtigten Beschränkungen auferlegt werden.

Deutsch-Böhmen.

Die von den Tschechen geflüchteten verbreitete und leider vielfach allzu gläubig aufgenommene Behauptung, daß es in Böhmen kein geschlossenes deutsches Sprachgebiet gebe, ist durch das nunmehr vorliegende Gesamtergebnis der am 15. Juni in ganz Böhmen durchgeführten Gemeindevahlen als das erste erwiesen worden, was sie in Wirklichkeit ist, als eine haltlose Fiktion. Trotz allen von tschechischer Seite angewandten Nachlässigkeiten: der massenhaften Verlegung deutsch-böhmischer Beamten in das tschechische Sprachgebiet und umgekehrt, der Anteilnahme der tschechischen Befehlstruppen an der Wahl, sowie der rücksichtslosen Wahlbeeinflussung haben in Deutsch-Böhmen die Deutschen insgesamt 887 513, die Tschechen bloß 64 280 Stimmen abgegeben. Es geht somit aus diesen amtlich festgestellten Stimmzahlen hervor, daß selbst unter dem Hochdruck, mit welchem die Prager Regierung diese Wahlen zu beeinflussen versuchte, in Deutsch-Böhmen nur 6% Prozent Tschechen festgesetzt werden konnten. Die richtige Ziffer übersteigt kaum 5 Prozent. Diese Gemeindevahlen aber haben die Bedeutung einer Volksabstimmung, und diese hat nach obigem unübersehbar ergeben, daß Deutsch-Böhmen ein deutsches Land ist und daß seine Zuteilung zum tschecho-slowakischen Staate die größte Verletzung des Rechtes auf Selbstbestimmung bedeuten würde.

Der Wiener Vorkursplan.

Wien, 7. Juli. Nach einer Korrespondenzbureau-Meldung erklärte Staatssekretär Elmayer dem Herausgeber der Korrespondenz den Vorgang gegenüber dem vom „Neuen Tag“ veröffentlichten Plan zur Befestigung Wiens durch ungarische Kommunisten, daß dieser ein feinerzeit vom Kriegsministerium ausgearbeiteter Plan zur Verteidigung Wiens sei, der nun von einem Generalstabsoffizier, welcher Beziehungen zur ungarischen Räterepublik unterhalte, umgearbeitet und Ungarn als ernstes Projekt übermitteln worden sei. Schon einem Vorkurs müße auf den ersten Blick klar werden, daß es sich um kein ernsthaftes Projekt handle.

Der internationale Protektortritt.

Bern, 8. Juli. Nach dem „Paris Varisien“ ist am Sonnabend das gesamte Personal der Compagnie des Messageries de l'ouest in den Ausstand getreten. Der Schiffszweck mußte eingestellt werden. In der Zusammenkunft der Eisenbahner und Straßenbahner am Sonnabend, der Vertreter aller Unternehmungen beizuhören, erzielte die revolutionäre Tendenz eine Mehrheit. Die Volkbeamten in Paris veranlassen nach dem „Matin“ einen weltweiten Streik. Sie forderten den Austritt aus dem Weltmarkt und Gehaltssteigerung. Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausstand am 21. Juli wurde beschlossen.

Auch in Japan gibt es.

Amsterdam, 7. Juli. Die „Times“ meldet aus Tokio, daß in Japan trotz der geringen Verluste, die das Land im Kriege erlitten und trotz der riesigen Gewinne, die der Krieg gebracht hat, allgemeine Unzufriedenheit, große Armut und daher Unruhen herrschen. Die Unzufriedenheit findet ihren Grund in der Lebensmittelerhöhung, die eine Folge der riesigen Kriegsgewinne einzelner ist.

Der Prozeß gegen Mühsam.

München, 8. Juli. Gestern begann vor dem Landgericht der Hochverratsprozeß gegen den Schriftsteller Mühsam, gegen den Volksbeauftragten des Wohnungsweßens Dr. Wadler und sechs weitere Angeklagte. Es handelt sich um die Verhältnisse, die zusammen mit Mühsam während der ersten acht Tage der Räterepublik tätig waren.

Vertikales und Gächliches.

Dresden, 8. Juli.

Zur Umbildung der sächsischen Regierung.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei lehnen den Eintritt in die derzeitige Regierung unter allen Umständen ab. Die Sozialdemokraten sollen nach deren Auffassung erst zeigen, daß sie nicht nur zerklüftet, sondern auch wieder aufbauen können. Auch die Demokraten machen den Eintritt in die Regierung davon abhängig, daß ein genau ausgearbeitetes Programm für das neue Koalitionsministerium vorher festgelegt wird. Ob die Unabhängigen für ein einmündiges Ministerium beantragen, ist noch sehr ungewiß. Sollte ihnen bei der ersten Kabinettsbildung gewissen Forderungen, was aber kaum angenommen werden darf, entsprochen werden, so dürfte die Beteiligung dieser Partei an der Regierung nicht ganz unmöglich sein. Bei den Sozialdemokraten ist wohl ein dahingehender Wunsch, die Unabhängigen mit in die neue Regierung hineinzuziehen, laut geworden.

Streik der Gastwirtangestellten.

Schließung der Lokale.

Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, wie schon gemeldet, ergebnislos verlaufen sind, hat die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtangestellten beschlossen, in den Streik einzutreten. Bereits in der vergangenen Nacht und heute früh ist den Angestellten mitgeteilt worden, daß sie heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr ihre Arbeit einzustellen haben. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet, daß sich die Angestellten für ein ausnahmslos an dem Streik beteiligen. Er wird sich demnach nicht nur auf die Kellner und Kellnerinnen, einschließlich der Verköstlichen, sondern auch auf das Hilfspersonal bis zum Aufwasmädchen herab erstrecken. Um etwaige Zusammenstöße zwischen freilebendem und arbeitswilligen Personal zu vermeiden, hat die Vereinigung der Arbeitgeber zum Schutze ihres Eigentums beschlossen, sofort mit dem Beginn des Streiks ihre Betriebe zu schließen. Nur die kleinen Wirtschaften, in denen kein Personal beschäftigt wird, die also vom Inhaber selbst mit seinen Familienangehörigen versorgt werden, werden geöffnet bleiben. Die Gastwirtangestellten beabsichtigen, morgen, Mittwoch, vormittags einen Mann zu der Stadt zu unternehmen. In diesem sollen Plakate mitgefahren werden mit Aufschriften, wie: „Weg mit dem Trinkgeldbettel!“ usw.

Die Bergarbeiterausstände in Sachsen und Böhmen.

Der Bergarbeiterstreik im Lugauer Revier hat sich nunmehr auf Oelsnitz ausgedehnt. Auf allen Gruben des Oelsnitzer-Lugauer-Reviers werden lediglich die Rohstandsarbeiten ausgeführt. In mehreren Versammlungen der streikenden Bergarbeiter wurde für und gegen den Streik gesprochen. Die Bergleute verlangen in erster Linie rückwirkende Bewilligung der 70prozentigen Pohnnerhöhung ab 1. Juni und den 40prozentigen Zuschlag für die Grubenarbeiter auf die Weidung als Mindestlohn an Stelle des vom Schiedsgericht beschlossenen Durchschnittslöhnes.

In den weltböhmisches Kohlenrevieren Bräug, Dux, Bruch und Oberleitensdorf ist ein allgemeiner Bergarbeiterausstand ausgedehnt, dem sich auch die deutschen Bergarbeiter angeschlossen haben. Seit Montag mittags ruht in allen Revieren die Arbeit. Der Grund hierzu ist rein politisch und zwar verlangen die Bergarbeiter, daß der bisherige Ernährungsminister Erbenstein, der nach der neuen Kabinettsliste aus dem Kabinett auscheiden soll, in der Regierung und auf seinem Posten verbleibe. Die Bergarbeiter haben beschlossen, solange nicht in die Schächte einzufahren, bis ihrem Wunsch entsprochen wird.

* Geheimer Rat Dr. Otto ist vom 1. Juli ab zum Ministerialdirektor im Finanzministerium und zum Präsidenten des Technischen Prüfungsamtes ernannt worden.

* Mit dem Uebergangsgefetz und mit der Frage des Religionsunterrichtes in den Volksschulen beschäftigte sich heute, Dienstag, erneut der Gesetzgebungs-Ausschuß der Sächsischen Volkskammer. Die Sozialdemokraten sind auf ihrem Standpunkt stehen geblieben, daß der Religionsunterricht fortzufallen und dafür ein Moralunterricht einzutreten soll. Alle bürgerlichen Parteien fordern geschlossen die Beibehaltung des Religionsunterrichtes. Die Sozialdemokraten haben einen Vermittlungsantrag eingebracht, daß es jetzt beim alten bleibe, vom 1. April 1920 aber der Religionsunterricht wegzufallen soll. Die bürgerlichen Parteien halten grundsätzlich an ihrem Standpunkt fest und lehnen auch diesen Antrag ab.

* Die Stadtverordneten werden sich in ihrer Sitzung am nächsten Donnerstag n. a. mit der Erhebung einer Steuer vom Glücksspiel beschäftigen. Ferner kommen zur Beratung die Bewilligung von 15000 Mk. zur Durchführung des fremdsprachigen Unterrichts in den ehemaligen Bezirkskolleien, die Erweiterung der Gleisanlage in der Hauptmarkthalle und die Herstellung eines Fußgängerunnells an der Jahnstraße, die Ausschreibung eines Wettbewerbes auf den Gebieten des Hochbaues und der Stadterweiterung, der Antrag zur Bauordnung, Bauerleichterungen für Häuser für mittlere und größere Wohnungen in denjenigen Gebieten der Stadt, in denen Kleinwohnungen Bauerleichterungen genießen.

Kunst und Wissenschaft.

* Geheimer Hofrat Professor Dr. Wilhelm Gollwachs, der Direktor des Physikalischen Instituts an unserer Technischen Hochschule, vollendet am 9. Juli sein 60. Lebensjahr. Im vorigen Jahre feierte er in aller Stille seine 50jährige Zugehörigkeit zur hiesigen Hochschule, wo er zunächst Professor für Elektrotechnik und Direktor des Elektrotechnischen Instituts war. Nachdem er 1900 einen ehrenvollen Ruf an die Universität Gießen zugunsten Dresdens abgelehnt hatte, wurde er Professor der Physik und Direktor des Physikalischen Instituts. Weit über Deutschlands Grenzen hinaus ist sein Ruf als Lehrer und Experimentalphysiker gedrungen. Er brachte 1888 durch die auffaehrende Entdeckung des Gollwachs-Effektes seinen Namen zur Bedeutung und hat seitdem in zahlreichen Arbeiten speziell auf lichtelektrischem Gebiete der Wissenschaft große Dienste geleistet. Als letzte größere Arbeit sei das Buch „Die Lichtelektrizität“ (Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig), das von allen Fachzeitchriften und Westkürstern des In- und Auslandes als ein hervorragendes Werk beurteilt wurde, hervorgehoben.

* Sächsischer Kunstverein. Der Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1918, der soeben ausgegeben worden ist, stellt fest, daß trotz der schweren Nöte der Zeit die Verkäufe einen größeren Umfang erreicht haben, auch die Mitgliederzahl ist auf 2432 weiter gestiegen, so daß das vergangene Jahr das erfolgreichste für den Kunstverein seit seinem Bestehen gewesen ist. An der Spitze des Vorstandes stehen zurzeit Ministerialdirektor a. D. Dirkl. Geh. Rat Dr. Schelcher, Rater Professor Dorsch und Konrad Geh. Kommerzienrat Arnold. Die Uebernahme der Geschäftsführung in den Ausstellungen der Künstlervereinigungen Dresden und der Dresdner Kunstgenossenschaft durch den Kunstverein wurde von der letzten Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt. Zur Sicherung der Ausstellungen wurde eine Kasse von 25000 Mk. geschaffen und eine Gewerkschaft von 100000 Mk. aufgebracht. Das

Dresdner Ausstellungswesen ruht nun im wesentlichen in einer Hand, eben beim Sächsischen Kunstverein. In einem Wettbewerb für eine Plakette, die an Personen zu verleihen ist, die sich um die Förderung der Kunst im allgemeinen und des Sächsischen Kunstvereins im besonderen hervorragend verdient gemacht haben, wurden sechs Preise verliehen. Im Dezember 1918 wurden 240 Gewinne an die Vereinsmitglieder verteilt; als Vereinsgabe werden 13 Kunstblätter verteilt. Ausgestellt waren im Verlaufe des Jahres 240 Kunstgegenstände, von denen 1128 für zusammen 584 814 Mk. verkauft wurden. Der Verein selbst kaufte für seine Verlosung 150 Werke für 38 406 Mk. an, für Spenden 10 Werke für 1720 Mk. Das Sondervermögen für Kunstausstellungen betrug beim Jahresabschluss 38 616,54 Mk. Während sieben Monaten veranfaltete der Verein eigene Ausstellungen; in der übrigen Zeit waren seine Räume der Dresdner Kunstgenossenschaft überlassen.

* Die Loggia für Denkmalpflege hat in Berlin unter Vorsitz von Geheimrat v. Dechelkäufer begonnen. Etwa 70 Teilnehmer, darunter auch Prinz Johann Georg von Sachsen, waren anwesend, das preussische Kultusministerium hatte Vertreter geschickt. Ueber die „Zukunft der sächsischen Schloßer“ berichteten die Vertreter der einzelnen Staaten, für Sachsen CorneliuS Gurkitt. Die Redner führten aus: Vorab sei zu fordern, daß keine Schloßer von künstlerischem oder historischem Wert vollkommen erhalten werden, daß aber auch in größeren Schloßbauten die wertvollen Partien als Ganzes keine Veränderung erfahren. Sie sollen nicht zu profanen oder anderen Zwecken verwandelt werden, die nicht mit ihrem Wesen übereinstimmen. Und ebenso sollten die dazu gehörigen weiten Parkanlagen geschützt und zugleich, ebenso wie die Schloßer selbst, der Allgemeinheit dienlich gemacht werden. Man nahm folgende Entschlüsse: 1. Die unterzeichneten Teilnehmer an der erweiterten Ausschussung des Tages für Denkmalpflege treten dafür ein, daß bei der Auseinandersetzung zwischen den sächsischen Fürsten und den Staaten die bisher im Besitz der Fürsten befindlichen hervorragenden Bauten-

mäler, vor allem die Schloßer und sonstigen fürstlichen Wohnhäuser mit den Gartenanlagen, sowie die darin befindliche künstlerisch wertvolle Ausstattung als unerföhrliches bedeutungsvolles Zeugnis deutscher Kunst und Kulturentwicklung dauernd erhalten bleiben, um den Kunst- und Naturgenuss des Volkes weiterhin dauernd zu stärken und die Volksebildung nach allen Richtungen zu fördern; 2. daß nach Maßgabe vorstehender Grundzüge die Denkmäler, die dem Staat aus fürstlichem Besitz zufallen, nicht verwandelt werden dürfen zu einem Zweck, der ihre künstlerische und geschichtliche Bedeutung beeinträchtigt oder ihre Erhaltung gefährdet; 3. daß bei der Auseinandersetzung zwischen fürstlichem und staatlichem Besitz dahin gewirkt wird, daß auch die im Besitz der fürstlichen Familien verbleibenden hervorragenden Kunstdenkmäler nach Möglichkeit in ihrer geschichtlichen und künstlerischen Eigenart erhalten bleiben; 4. daß, da nunmehr der staatliche Besitz an Bau- und Kunstdenkmälern einen überaus wertvollen Zuwachs erhalten wird, der alten Forderung der Vertreter der Denkmalpflege entsprochen werden soll, wonach auch dieser Besitz der Zukundigkeit der beruflichen Organe der Denkmalpflege an unterwerfen ist.

* Eine Regener-Wache wird in Berlin vom 16. bis 21. September gegeben; ein Orchesterkonzert des von Leo Blech geleiteten Philharmonischen Orchesters mit Clara Dux und Adolf Busch als Solisten, ein Kammermusik-Konzert mit dem Ringler-Quartett, Frieda Wark-Hodapp und Elena Gerhardt, ein Singschülerkonzert unter Mitwirkung von Gertha Dehmlo und Julius Thorneberg werden den Berlinern eine Schau über Regers Schaffen gewähren.

* Münchner Festspiele. Selter Tradition als Kunststadt gemäß nimmt München seine bekannten Bühnenfestspiele im Sommer 1919 unter dem Namen „Münchner Festspiele 1919“ wieder auf, jedoch in gegen früher erheblich erweitertem Umfang. Neben Festspielen aus dem Gesamtgebiete der deutschen Oper werden Schauspiel-aufführungen erfolgen, die außer dem klassischen auch das zeitgenössische Drama zu Worte kommen lassen. Dem 19-